



II-2798 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich  
 DER BUNDESKANZLER

Z1.353.100/15-III/4/81

A 1014 Wien, Ballhausplatz 2  
 Tel. (0222) 66 15/0

12. August 1981

An den  
 Präsidenten  
 des Nationalrates  
 Anton BENYA  
 Parlament  
1017 Wien

1292/AB

1981-08-14  
 zu 1283/J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Ofner, Dr. Stix, Dkfm. Bauer haben am 22. Juni 1981 unter der Nr. 1283/J an die Bundesregierung eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Arbeitsplatzsicherung in den Bezirken Gänserndorf und Mistelbach gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

Unter Bezugnahme auf ein bereits im Jahr 1978 der Bundesregierung, der Niederösterreichischen Landesregierung und anderen Stellen übermitteltes Konzept zur Sicherung der Arbeitsplätze in den Bezirken Gänserndorf und Mistelbach hat die ÖGB-Bezirkskonferenz Gänserndorf in einem am 16.5. d.J. gefaßten Beschuß alle zuständigen Stellen des Bundes, des Landes Niederösterreich, der ÖIAG und der ÖMV aufgefordert, entsprechende Maßnahmen in Angriff zu nehmen.

Wie es in der gegenständlichen Resolution heißt, geht es hier darum, "rechtzeitig jene Betriebe zu schaffen, die auch nach dem Auslaufen der Erdöl- und Erdgasförderung eine gesicherte Existenz für die Grenzlandbevölkerung ermöglicht".

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten an die Bundesregierung die

- 2 -

.: A n f r a g e :

- 1) Inwieweit ist die Bundesregierung bereit, dem in Rede stehenden Konzept zur Arbeitsplatzsicherung in den beiden Grenzlandbezirken Gänserndorf und Mistelbach Rechnung zu tragen?
- 2) Mit welchen konkreten Maßnahmen kann diesbezüglich in nächster Zeit gerechnet werden?

Ich beeindre mich, diese Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt zu beantworten.

Zu den Fragen 1 und 2 :

Die Bereitschaft der Bundesregierung, dem in der Anfrage angeführten Konzept zur Sicherung der Arbeitsplätze in den Bezirken Gänserndorf und Mistelbach Rechnung zu tragen, kommt in den Beschlüssen der Österreichischen Raumordnungs-konferenz vom 20. Juni 1978 bezüglich der Ost-Grenzgebiete zum Ausdruck, an deren Zustandekommen Initiativen des Bundes maßgeblich Anteil hatten. Die für diese Gebiete zu Grunde gelegte räumliche Abgrenzung bezieht sich neben den, ebenfalls übereinstimmend als Problemgebiet anerkannten Teilen des Wald- und Weinviertels v.a. auf die Bezirke Mistelbach und Gänserndorf. Die in dem 1978 veröffentlichten Bericht "ÖROK-Regionalpolitik in den Ost-Grenzgebieten" quantifizierten Arbeitsplatzerfordernisse für die beiden Bezirke decken sich prinzipiell mit dem in der Anfrage erwähnten Konzept.

In diesem Sinne wurden für das Gebiet zahlreiche Maßnahmen im Bereich der Landwirtschaft und der Infrastruktur gesetzt. Bezuglich der Schaffung industriell-gewerblicher Arbeitsplätze ist besonders hervorzuheben

- die Einbeziehung des Gebietes in das ERP-Sonderprogramm mit seinen außerordentlich günstigen Finanzierungskonditionen,
- die explizite Einbeziehung in den Kreis der Problemgebiete für die verschiedenen Beihilfen zum Ausgleich längerfristiger Beschäftigungsschwierigkeiten nach § 35 AMFG,

- 3 -

- die vom Bund gemeinsam mit dem Land Niederösterreich geschaffene Grenzlandförderungsgesellschaft (NÖG), deren Zweck die Ansiedlung von industriell-gewerblichen Betrieben durch Werbung, Beratung und Grundstücksäufschließung ist.

In diesem Zusammenhang ist auch festzuhalten, daß die Arbeitsmarktverwaltung die Entwicklung des Arbeitsmarktes der Regionen Gänserndorf und Mistelbach seit Jahren mit großer Sorgfalt verfolgt und den Einsatz des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums in diesen Regionen nach Maßgabe der sich ergebenden Probleme am Arbeitsplatz einsetzt.

Die Arbeitsmarktverwaltung hat in den Jahren 1977 bis Ende 1980 in den oben erwähnten Bezirken zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Förderung der beruflichen und geographischen Mobilität sowie für die Lehrlingsausbildung mehr als 30 Mio. S aufgewendet, wobei darauf hingewiesen werden muß, daß in dieser Summe Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation von Behinderten in der Höhe von mehr als 1 Mio. S nicht enthalten sind.

Ferner wurden bisher im Rahmen des "Informationsdienstes für Standortfragen des ArbeitsmarktesG an der Gründung von 18 Betrieben in den Bezirken Gänserndorf und Mistelbach mit mehr als 1.000 Arbeitsplätzen mitgewirkt.

In den Schulungseinrichtungen des WIFI und BFI sowie bei einer Metallfirma in Zistersdorf (die Arbeitsmarktverwaltung hat bei diesem Unternehmen die Errichtung eines Ausbildungszentrums für Erwachsene und Jugendliche, welches Gesamtkosten in der Höhe von 10,549 Mio. S erforderte, mit 6,371 Mio. S mitfinanziert) wurden in den letzten Jahren Kurse (Ein- und Umschulungen, Höherqualifizierungen) durchgeführt,

- 4 -

um die zukünftige Strukturverbesserung durch berufliche Ausbildungsmaßnahmen zu erleichtern. Zu den Betriebskosten leistet die Arbeitsmarktverwaltung jährlich einen Beitrag von etwa 1,988 Mio. S.

Die Schulungsteilnehmer haben nach Beendigung der Kurse eine bessere Chance auf dem Arbeitsmarkt und in der Regel auch eine höhere Entlohnung.

Weitere überregionale Schulungskapazitäten, deren Errichtung von der Arbeitsmarktverwaltung maßgebend unterstützt wurde und von Arbeitnehmern dieser Bezirke besucht werden, befinden sich in Korneuburg und in Sigmundsherberg.

Auch die im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie eingerichtete Informationsstelle für Investoren versucht, durch die Ansiedlung wertschöpfungsintensiver Produktionsbetriebe die sektorale Industriestruktur Österreichs zu verbessern, wobei das Schwergewicht bei der Schaffung von Arbeitsplätzen in wachstumsorientierten Wirtschaftsbereichen liegt. Die Informationsstelle versucht dabei, beabsichtigte Betriebsgründungen bzw. -verlagerungen vor allem in Regionen zu lenken, die aus regional- oder strukturpolitischen Gründen besonderen Bedarf an zusätzlichen bzw. Ersatzarbeitsplätzen haben. Sie arbeitet hiebei eng mit den in Frage kommenden Dienststellen des Bundes und der Länder, den in verschiedenen Bundesländern bestehenden Betriebsansiedlungsgesellschaften, den Interessenvertretungen, den in- und ausländischen Vertretungsbehörden, Bankinstituten und ähnlichen Stellen zusammen.

Ein wichtiger Tätigkeitsbereich der Informationsstelle ist auch die Vermittlung von Kontakten zwischen Standortbieter, Beteiligungs- und Kooperationswerbern einerseits sowie potentiellen Investoren andererseits. Für die bei der Informations-

- 5 -

stelle in Evidenz gehaltenen zwölf Standortbieter aus den Bezirken Gänserndorf und Mistelbach konnten insgesamt 56 Kontakte hergestellt werden. Als Erfolg dieser Bemühungen wurde von einem ausländischen Investor ein Erzeugungsbetrieb in Zistersdorf gegründet, der zur notwendigen Strukturverbesserung in diesem Raum beiträgt.

Selbstverständlich werden wie bisher auch in Zukunft potentielle Investoren, die eine Betriebsansiedlung im Osten Österreichs ins Auge fassen, auf die Möglichkeiten und Vorteile der Bezirke Gänserndorf und Mistelbach hingewiesen werden.

Ferner wird auf den beabsichtigten Bau der unteren Donaukraftwerksstufen hingewiesen, von welchem für die angrenzenden Bereiche der in Rede stehenden Bezirke ebenfalls positive beschäftigungspolitische Auswirkungen zu erwarten sind.

Schließlich werden bei der Fischer Sport-AG Überlegungen bezüglich einer Ausweitung der schon zur Zeit in diesem Raum bestehenden Tennisschlägerproduktion angestellt.

Hinsichtlich der Arbeitsplätze bei der ÖMV-AG wird bemerkt, daß im April d.J. zwischen dem Bund und der ÖMV Aktiengesellschaft langfristige Aufsuchungs- Gewinnungs- und Speicherverträge betreffend Kohlenwasserstoffe u.a. auch für das die Bezirke Gänserndorf und Mistelbach einschließende Aufsuchungsgebiet "ÖMV-Niederösterreich" abgeschlossen wurden. Die ÖMV Aktiengesellschaft wurde dadurch in die Lage versetzt, ihre Aufsuchungstätigkeiten zu intensivieren und die Gewinnung und Speicherung in den niederösterreichischen Erdölgebieten langfristig zu planen. Aufgrund der großen für eine Kohlenwasserstoffführung in Betracht kommenden potentiellen Bereiche gerade in den in Rede stehenden Gebieten sind die Voraussetzungen, unter vertretbarem Risikoeinsatz höfliche Gebiete zu erschließen, gegeben. So konnte die ÖMV AG bereits Erfolge bei der Erschließung

- 6 -

von Kohlenwasserstoffvorkommen in tieferen geologischen Stockwerken im Osten Niederösterreichs erzielen. Mit der Tiefbohrung Zistersdorf ÜT 1 ist es vor kurzem gelungen, ein Erdgasvorkommen in mehr als 7000 m Tiefe aufzufinden. Es ist zu erwarten, daß die Aktivitäten der ÖMV AG nunmehr forciert werden.

In Zukunft dürfte sich die Arbeitsmarktsituation für die Bezirke Gänserndorf und Mistelbach auch maßgebend durch die Niederlassung eines internationalen Automobilkonzerns verbessern. Für viele Pendler aus diesen Regionen werden sich dadurch die Wegzeiten in einem beträchtlichen Ausmaß verkürzen.

Der den Bundeskanzler  
gem. Art. 69 Abs. 2 B=VG  
vertretende Vizekanzler

